Hochschulstandort Niedersachsen stärken - BAföG-Mittel im Hochschulbereich belassen!

Rede von Dr. Silke Lesemann, der wissenschaftspolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, am 23. Juli 2014

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren!

Damit eines von vornherein klar ist: Für Rot-Grün hat Bildung Vorrang.

Auch im kommenden Jahr werden wir wieder mehr Geld in die Bildung investieren - keine Bange. Die Bildungsausgaben werden deutlich höher sein als die Mittel, mit denen der Bund das Land beim BAföG entlastet. Davon werden natürlich auch unsere Hochschulen profitieren. Nehmen Sie das als Opposition endlich mal zur Kenntnis, und freuen Sie sich doch mit uns gemeinsam darüber!

Die niedersächsischen Hochschulen und Universitäten haben mit dem Hochschulentwicklungsvertrag für die nächsten Jahre eine außerordentlich gute und planbare Absicherung erhalten. Dies ist in Deutschland beileibe nicht selbstverständlich. Schauen Sie doch mal nach Sachsen-Anhalt, dahin, wo Ihr ehemaliger Finanzminister Hartmut Möllring nun Wissenschaftsminister ist! Und was tut er da? - Er kürzt, er lässt die Hochschulen finanziell bluten, er schließt ganze Fachbereiche. Oder blicken wir in das Saarland: Dort werden Studienplätze abgebaut. Nichts davon hat Niedersachsen vor.

Der Hochschulentwicklungsvertrag wurde von den Hochschulpräsidien mit Freuden aufgenommen; denn damit gibt ihnen die Landesregierung die Sicherheit, dass die Kompensation der Studienbeiträge nicht im Gegenzug zum Abschmelzen der Hochschulhaushalte führt. Dieser Vertrag ist ein verlässliches Fundament und gibt Planungssicherheit bis 2018. Er enthält wichtige Garantien: Zum Beispiel sind zusätzliche Besoldungs- und Tarifsteigerungen abgedeckt; pauschale Minderausgaben oder Bewirtschaftungsauflagen sind ausgeschlossen, und die strukturrelevanten Haushaltsansätze bleiben erhalten - um Ihnen nur einige wesentliche Inhalte des Vertrages zu nennen.

Hiervon, meine Damen und Herren, können die Hochschulpräsidien in anderen Bundesländern nur träumen. Bitte nehmen Sie doch endlich auch einmal Folgendes

zur Kenntnis: Die BAföG-Mittel standen den Hochschulen auch bisher nicht zur Verfügung; sie gingen direkt an die Studierenden. Die Behauptung, das Geld werde von den Unis auf die Kitas umverteilt - so äußerte sich der Präsident der LHK, Herr Hesselbach, in der *HAZ* vom 9. Juli -, entbehrt jeder Grundlage. Im Gegenteil, Niedersachsen fördert seine Hochschulen mit sehr viel Geld. Allein in diesem Haushaltsjahr sind es 8 % mehr.

Nun warten Sie bitte noch die kommenden Tage ab! Sie haben gehört, dass eine Kabinettsklausur stattfinden wird. Schauen Sie in die Zeitung und lesen Sie, welche weiteren Maßnahmen für den Hochschulhaushalt geplant sind! Für die Universitätsklinika in Göttingen und Hannover gab es bereits erfreuliche Nachrichten, und ich bin mir ganz sicher, dass weitere folgen werden. Ihr Antrag enthält drei substanzielle Forderungen - Herr Hillmer ist nach einem längeren Präludium darauf eingegangen -:

Erstens die Schaffung zusätzlicher Masterstudienplätze. Derzeit ist kein Mangel an Masterstudienplätzen zu verzeichnen, wenngleich auch nicht alle Bewerber an ihren Wunschstudienorten zugelassen werden konnten. Zweitens die Schaffung zusätzlicher Studienplätze im Bereich Sonderpädagogik. Hier gibt es einen zusätzlichen Bedarf, und wir können davon ausgehen, dass die Haushaltsverhandlungen auch hier zu einer Lösung kommen werden.

Drittens die Schaffung zusätzlicher Medizinstudienplätze. Die Schwierigkeiten der Ärzteversorgung im ländlichen Raum resultieren nicht aus der Organisation des Medizinstudiums, sondern haben mit den Bedingungen zu tun, unter denen der Beruf ausgeübt wird. Das haben wir im Sozialausschuss oft genug gehört und auch im Plenum debattiert. Wir wissen, dass gerade junge Ärztinnen, wenn sie Mutter werden, oft Probleme haben, die strukturellen Probleme - Stichwort „Work-Life-Balance“ - aufzufangen. Im Übrigen wendet das Land bereits jetzt erhebliche Mittel für jährlich 40 neue Medizinstudienplätze an der EMS - Universität Oldenburg - auf, um weiteren Studierenden ein Medizinstudium zu ermöglichen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die SPD-Fraktion begrüßt die auf Bundesebene erzielte Einigung zur Komplettübernahme der BAföG-Mittel durch den Bund. Niedersachsen erhält dadurch weitere Möglichkeiten für Zukunftsinvestitionen. Davon profitiert zu 100 % die Bildung. Bildung ist ein zentraler Schwerpunkt dieser rot-grünen Landesregierung. Wir werden die frei werdenden Mittel genau hier investieren

und nicht etwa für Straßenbau ausgeben, wie ja auch oft unterstellt wird. Wir investieren das Geld dort, wo die Vorgängerregierung uns die sprichwörtlich größte Baustelle hinterlassen hat, nämlich in die frühkindliche Bildung. Dieser Bereich hat für uns Priorität.

Wir investieren in die Betreuung und Bildung der Kleinsten und tun dies aus guten Gründen, Herr Hilbers. Erstens. In der frühkindlichen Bildung wird der Grundstein für den gesamten weiteren Bildungsweg eines Kindes gelegt. Zweitens. Die frühkindliche Bildung ist ein wichtiger Schritt für mehr Chancengleichheit in der Bildung.

Kinder aus einkommensschwachen und/oder bildungsfernen Familien erhalten so eine bessere Förderung. Drittens. Die gewünschte Wirkung frühkindlicher Bildung und Betreuung hängt entscheidend von deren Qualität ab. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, investieren wir in die dritte Betreuungskraft und verbessern die Personalsituation in den Krippen. Das nutzt den Kindern, entlastet die Erzieherinnen und Erzieher und unterstützt die Eltern.

Meine Damen und Herren, allein schon diese drei Punkte zeigen, wie gut und nachhaltig das Geld investiert wird. Im Gegensatz zu Ihnen in Ihrer Regierungszeit belassen wir es nicht bei Lippenbekenntnissen, sondern wir stellen die Mittel für die dritte Kraft bereit. Ihre Kritik, Frau Vockert, fällt dann wieder einmal in die Rubrik: Opposition um jeden Preis. Und hören Sie endlich auf, die verschiedenen Bildungsbereiche gegeneinander auszuspielen! Den Hochschulen entgeht kein Geld. Rot-Grün steht für eine gute Bildung von der Krippe bis zur Universität. Im Übrigen: Nicht Frau Wanka in Berlin bestimmt, was wir mit dem Geld machen. Haushaltsgesetzgeber sind wir, die frei gewählten Abgeordneten des Landes Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, das ist unsere ureigene, in Artikel 7 der Niedersächsischen Verfassung niedergelegte Aufgabe. Diese Fraktion und diese Landesregierung werden auch im nächsten Jahr mehr Geld in die Bildung investieren. Hochschulen und Schulen profitieren von Rot-Grün in Niedersachsen. Ich bin mir sicher, die Kabinettsklausur am kommenden Wochenende erbringt hierbei weitere wegweisende Fortschritte.

Vielen Dank.